

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Morgen berichten wir
über die ersten Gerichtsverhandlungen gegen die Opfer der brutalen Polizeifackeln des 6. März!

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (mit Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle und Redaktion: Osterbahnpoststraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 16600
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeitertreffliche Fragen, Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal geplatzte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM, für die Restamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitung 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnpoststraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Fortzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang

Dresden, Montag den 17. März 1930

Nummer 64

Morgen Entscheidung über Zuchthausgesetz

Verteidigt den Proteststurm! — Verteidigt die Kommunistische Partei!

Erklärung der KPD im Reichstag

Bereits am Dienstag, also morgen, soll das Republikshugengesetz, das Antikommunisten- und Zuchthausgesetz in dritter Lesung im Reichstag verabschiedet werden. Wohlwollend der Belegstellen, Proteststurm der arbeitenden Massen müssen auf dieses verbrecherische Vorhaben antworten.

Nachstehend bringen wir eine durch den Genossen Stöcker gemachte Erklärung der Kommunistischen Partei anlässlich der zweiten Lesung des Severing'schen Terrorgesetzes im Reichstag.

„Im Jahre 1922 habe ich bei der ersten Schaffung des Republikshugengesetzes von dieser Stelle aus die damalige Erklärung unserer Partei gegen das Republikshugengesetz abgegeben, eine Erklärung, die das Gesetz so charakterisierte, wie es sich in den acht Jahren gezeigt hat, als Kampfgesetz gegen die Arbeiterklasse. Heute, bei der Wiedererschaffung des Gesetzes habe ich dazu im Auftrage unserer Fraktion folgende Erklärung abgegeben:

Es ist kein Zufall, daß die deutsche Bourgeoisie und ihre sozialfaschistischen Helfer wenige Tage nach der Annahme des Youngpaktes im Zeichen der mehr als 3 1/2 Millionen Erwerbslosen, angeführt einer heranwachsenden Wirtschaftskrisis und des beginnenden revolutionären Aufschwungs ein Zuchthausgesetz gegen die Arbeiterklasse Deutschlands beschließen. Mit diesem Gesetz, das erfüllt ist vom Geiste des Faschismus, der Diktatur, des Terrors gegen die Arbeiterbewegung, wollen Bourgeoisie und Sozialdemokratie den Widerstand der Werktätigen gegen die Sklaverei des Youngpaktes, gegen das Hungerregime der Koalitionsregierung, dieser Agentur des internationalen Finanzkapitals, unterdrücken.

Das Republikshugengesetz Severings ist ein reaktionäres Ausnahmegesetz zur Anebelung der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Führerin, der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Als das erste Republikshugengesetz im Reichstag behandelt wurde, verurteilten Bourgeoisie und Sozialdemokratie den Willen einzureden, daß dieses Gesetz nur gegen rechts, gegen die faschistischen Widerstände angewendet werde. In Wirklichkeit wurde auf Grund des ersten Republikshugengesetzes kaum einem Rechtsradikalen ein Haar gekrümmt. Wohl aber wurden über 7000 revolutionäre Arbeiter eingekerkert, zahllose Zuchthäuser, Gefängnisse und Zeltlagerstrafen gegen die Kämpfer der proletarischen Bewegung verhängt. Mit diesem Republikshugengesetz will der sozialfaschistische Reichsinnenminister Severing nach seiner eigenen Erklärung die Kommunistische Partei dezimieren.

Das Gesetz dient der Vorbereitung des Verbots der Kommunistischen Partei, das durch die bürgerlich-sozialdemokratische Presse und wiederholte Ministerreden immer wieder angeflüßelt wurde.

Das Ausnahmegesetz Severings ist eine verächtliche Neuauflage des Bismarck'schen Sozialistengesetzes gegen die damalige sozialistische Bewegung. Selbst solche Bestimmungen aus dem ursprünglichen Bismarck'schen Entwurf, denen vor 32 Jahren nicht einmal Zentrum und Freiwilrige im Reichstag der Monarchie ihre Zustimmung gaben, sind heute in Severings Gesetz aufgenommen worden.

Das Republikshugengesetz bedeutet den offenen und brutalen Raub der sogenannten Presse-, Versammlungs-, und Vereinsfreiheit für die Arbeiterklasse.

Das Republikshugengesetz bedeutet auch die gewaltige Verschärfung der Zuchthausstrafe gegen das Proletariat.

Ebenso bedeutet das Gesetz ein Werkzeug zur Vorbereitung der imperialistischen Kriegspläne gegen die Sowjetunion. Mit Hilfe dieses Gesetzes wollen Bourgeoisie und Sozialdemokratie die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Deutschland als Aufmarschgebiet für die imperialistischen Heereen gegen die proletarische Sowjetunion gefaßt wird.

Wir Kommunisten nehmen den Ruf der sozialdemokratischen Arbeiter unter dem Sozialistengesetz auf und erklären: Wir pfeifen auf dieses Schandgesetz!

Legal oder illegal, erlaubt oder verboten, werden wir unsere revolutionären Aufgaben im Interesse der Arbeiterklasse erfüllen. Die Kommunistische Partei Deutschlands antwortet auf das Ausnahmegesetz Severings mit dem entschlossenen Bekenntnis:

Wir sind und bleiben die Partei des revolutionären Klassenkampfes, die Partei der proletarischen Revolution.

Unverändert wird die Politik unserer Partei nur bestimmt durch die Klasseninteressen des Proletariats und die Interessen der proletarischen Revolution. Unverändert werden die Kommunistische Partei und jeder Kommunist auch in Zukunft ihre proletarisch-revolutionäre Pflicht erfüllen, ohne sich durch irgendwelche Justizausprägungen dieses Ausnahmegesetzes darin beirren zu lassen. Der Freiheitskampf des Proletariats läßt sich nicht durch Gesetze, durch Justiz- oder Polizeiterror der zum Untergang bestimmten herrschenden Klasse aufhalten.

Das deutsche Proletariat wird unter Führung der Kommunisten seinen Kampf gegen das Hungerregime, gegen die Youngklawerei, gegen Polizeiterror und Faschismus fortzuführen und steigern bis zur Vernichtung der kapitalistischen Herrschaft und zum Siege des Sozialismus durch die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Sowjetmacht auch in Deutschland. Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands! Es lebe die proletarische Revolution! Es lebe Sowjetdeutschland!

Kampf gegen die Kommunisten

So gedenken die Severing und Müller des Kapp-Putsch

Berlin, 17. März. (Eig. Drahtmeldung.)
In der gestrigen Sitzung der Sozialdemokratie anlässlich der 10-jährigen Wiederkehr des Kapp-Putches sprach Severing, wobei er erklärte, daß die Kämpfe um die Republik erst jetzt beginnen. Damit meint er zweifellos, daß kein Republikshugengesetz den Sozialdemokraten die Möglichkeit geben soll, die revolutionäre Arbeiterbewegung niederzuhalten und die Kommunistische Partei zu verbieten. Den Kampf gegen die Kommunisten hatte vor allen Dingen der Parteivorstand der Sozialdemokratie, Weis, zum Hauptpunkt seiner Rede gemacht. Er erklärte, daß die Straßendemonstrationen der Kommunisten und ihre Hebe bald ein Ende haben würden. In der Kundgebung waren Reichsbannerkolonnen m. a. d. v. vor dem Eingang des Saales und im Saal selbst aufgestellt. Zwischenrufer wurden sofort gewollt aus dem Saal entfernt. Zur Unterstüpfung des Reichsbanners war Polizei mit einem starken Aufgebot zu Fuß und Pferd anwesend.

Die Straße den Arbeitern!

Chemnitzer Arbeiter schiden die faschistischen Provokatoren mit blutigen Köpfen beim Polizei geht mit Bajonett und Karabiner gegen die Arbeiter vor

Chemnitz, 17. März. (Eigener Bericht.)

Am gestrigen Sonntag marschierte das Chemnitzer Proletariat nach zwei überfüllten Saalfundgebungen der Kommunistischen Partei in den Straßen der Stadt auf, um für die Forderungen des Proletariats gegen den Youngplan, für ein Sowjetdeutschland zu demonstrieren. Diese Demonstration war besonders gegen das Faschistengeheule gerichtet, das zu einem flagranten Aufzug angetreten war, gekleidet von zehn Streifen- und acht Großkampfwagen der Polizei. Das Chem-

nitzer Reichsbanner hatte ebenfalls mit SPD und KPDG zu einer von nur 800 Teilnehmern besetzten Saalfundgebung aufgerufen und zog nach der Saalvereinbarung nach dem Markt, wo nicht, wie die „Linken“ ankündigten, gegen die Faschisten, sondern gegen die Kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition polemisiert wurde.

Riesendividende Spiegelbild der „Wirtschaftsnot“

Bank	Prozent
Kamenzer Bank AG	9
Dresdner Strohhof-Fabrik	18
Papier- und Wellpappenfabrik von E. Sprick	10
Kaiser-Friedrich-Quelle AG Offenbach	15
Stahlwerk Mannheim	7
Pfälzische Mühlenwerke, trotz reichlicher Abschreibungen	10
Schleswig-Holsteinische Bank Husum	12
Westholsteinische Bank Altona	12
Frankfurter Hypotheken-Bank	10
Wunderlich & Co. AG Waldenburg (Schles.)	9
Ländlicher Spar- und Vorschußverein von Bonitzsch-Meißen	12 1/2
Nossener Bank	12
Frankfurter Pfandbrief AG	10
Waldschlösschen-Brauerei	14
Kunstanstalten May AG Dresden	12 1/2
Sächsische Staatsbank	11
Dresdner vereinigte Zünder- und Kabelwerke	9
Falkensteiner Gardinenweberei u. Bleicherei AG 12	12

Diese Dividendenabschlüsse und -vorschläge, die in den letzten Tagen in der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurden, zeigen,

welche riesigen Profite die Bourgeoisie aus den Massen herauszupressen verstand

Die Lüge von der „Wirtschaftsnot“ ist dadurch widerlegt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen können daraus die völlige Berechtigung der Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition erkennen. Siebenstundentag, 40-Stunden-Woche, Lohnausgleich und Lohnerhöhung sind Forderungen, die allein das Elend der Massen, aus dem die Riesengewinne der Trustbourgeoisie gewonnen werden, beseitigen können. Der Kampf um die roten Betriebsräte ist ein wichtiger Bestandteil der Vorbereitung und Organisation dieses Existenzkampfes der Arbeiter. Wählt in allen Betrieben

nur rote Betriebsräte!

In den Vormittagsstunden besetzten die Jüge des Kommunistischen Jugendverbandes die Straßen der Stadt. 300 Mitglieder der faschistischen Jugendorganisationen mit Sturmabteilungen und der berüchtigten Flugwehr waren zu einer Demonstration „gegen“ den Youngplan erschienen. Nach den überfüllten Saalfundgebungen der KPD gegen die Chemnitzer Arbeiter, die einmütig gelobten, die Straßen von den Faschisten zu säubern, nach dem Theaterplatz wo die faschistischen Bänder antreten sollten, nachdem sich die Arbeiter mit der Demonstration des KPD verbunden hatten. Die Demonstration der Arbeiter zog von dort zum Jollenplatz. Am Brühl verurteilten die Faschisten die Demonstration der Arbeiter bezüglich zu sperren.

Die Arbeiter verprügelten die Faschisten und wurden von der Polizei mit geladenen und entscherten Karabinern und aufgespitzten Bajonetten von den Faschisten abgedrängt.

Unter dem Schutze der Bajonette konnten die Faschisten entfliehen.

Nach der Demonstration der SPD und KPD gegen die Kommunistische Partei wurde ein Trupp der SAJ von der faschistischen Flugwehr verurteilt. Die Polizei erschien erst eine halbe Stunde später und schützte das — Verbrechen der Flugwehr. Kein Wunder, da die Flugwehr Handia auf die Polizei gegen die Arbeiter unterstützte. Es wird auch den beiden verhafteten Mitglieder der Flugwehr, deren Verhaftung nicht umgangen werden konnte, nichts geschehen.

Am Nachmittag traten 400 uniformierte Faschisten auf dem Theaterplatz an. Ingefahr 600 Spieler hatten sich dazu eingefunden, die aber, als die revolutionären Arbeiter, Kampflieber Jugend, vorbeizogen, das Halenpanzer ergriffen. Die Stahlhelmer zogen nach dem Osten der Stadt und wurden von großen Arbeitermassen in der Hain-, Altona- und Giechstraße „empfangen“. Ihr Versuch, die Arbeiter zu verprügeln, wurde erfolgreich abgewehrt. Die freche Provokation der Nazis in den Arbeitervierteln war nur möglich weil sie von einem Polizeiaufgebot von 300 Mann auf Großkampfwagen unterstützt wurden. Die Polizei, anstatt das Faschistengeheule zurückzuweisen, verhandelte sich wie üblich mit den Arbeitermassen und ging mit gegengemerten Säbeln gegen die sich bewegendem Arbeiter vor. „Straße frei! Es wird geschossen!“ erliefte ein Ruf nach einem Hornsignal und prompt schob die Polizei, wodurch die Empörung der Arbeitermassen naturgemäß auf das höchste anstieg. In der Friß-Reuter-Straße verurteilte die Flugwehr nochmals die Arbeiter mit Gummiknüppeln zu überfallen. Aber die Arbeiter lehnten sich gründlich zur Wehr. Der Faschist Günther, ein berufstätiger Arbeiter, mörder, ist an seinen Verletzungen gestorben.

Die Faschisten hatten sich blutige Köpfe, obgleich sie im härtesten Maße von Polizei unterstützt wurden.

Die Chemnitzer Arbeiter haben bewiesen, daß sie sich nicht niederlassen lassen mit den Faschisten terrorisieren lassen. Die Arbeitermassen kämpfen mit der Kommunistischen Partei, der einzigen Partei, die ernsthaft gegen das Faschistengeheule ankämpft.

12.00
2.75
9.50
22.00
28.00
25.00
10.00
29.75
53.50
72.50
3.75
2.00